

Haushaltsrede

Bündnis 90/Die Grünen

Anneliese Pieper

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Holz, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

es war für Politikerinnen und Politiker ein ereignisreiches Jahr 2009 mit drei Wahlen und einer weltweiten Banken- und Wirtschaftskrise, die auf die politische Arbeit auch in Senden maßgeblichen Einfluss haben.

Und es wird Sie nicht wundern, wenn es mich eigentlich reizt, an dieser Stelle einige Aussagen zur derzeitigen Politik auf Landes- und Bundesebene und ihr Erscheinungsbild zu machen. Aber die Meldungen und Bilder dazu sprechen für sich. – ich kann es mir also sparen!

Heute nur so viel, wie wir als Kommune und vor allem mit unseren Haushalt davon betroffen sind.

Es sind nicht wenige der von „Oben“ verordneten gesellschaftlichen Aufgaben, Steuervorhaben und andere Beschlüsse des Bundes und des Landes, wodurch die Kommunen geschöpft werden und Schaden nehmen. Ich will das an einigen Beispielen verdeutlichen:

- Das sind z.B. Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen, die stetig steigen, und bei denen sich eigentlich der Bund mit einem Bundesteilhabegesetz beteiligen müsste. Stattdessen muss der LWL die Kommunen mit erheblichen Kosten für diese Pflichtaufgabe belasten und stellvertretend die Kritik der Kommunen einstecken. Vielleicht hätten SozialpolitikerInnen vergangener Zeiten, zu denen ich z.B. auch Herrn Blüm zähle, bei dieser Aufgabe schon längst wieder die Initiative ergriffen. wie damals bei der Verteilung der Pflegekosten

- Das ist zum Weiteren die Ausweitung der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ab 2013 mit Rechtsanspruch, für die die Mitglieder der Bundesregierung die allgemeine Zustimmung und die Lorbeeren ernten wollen und die Kommunen bezahlen müssen. Sie

wissen, dass wir Grüne die Ausweitung dieser Betreuung mehr als begrüßen, die Ausführung und die Kostenverteilung aber kritisieren.

- Und das ist die Beteiligung an den Wohnkosten für so genannte Hartz-IV-Empfängerinnen und –Empfänger, die der Bund trotz steigender Kosten für die Kommunen von ursprünglich mehr als 31 Prozent auf nunmehr ca. 25 % senken will. D.h., dass die Kommunen einmal mehr auf den Kosten sitzen bleiben.

- Das sind die Finanzmittel, die das Land nicht weiterreicht, z. B. aus dem Solifond und den Zuschüssen zur Kinderbetreuung, obwohl sie den Kommunen gehören usw.

- Und da gibt es noch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz und andere Steuervorhaben der schwarz-gelben Bundesregierung, die zum weiteren Raubbau an den kommunalen Kassen führen.

Mit diesen konkreten Aussagen zum Konnexitätsprinzip und zur finanziellen Belastung der Kommunen durch Bund und Land erlaube ich mir, Herr Holz, ihre Haushaltsrede zu ergänzen und zu konkretisieren, die ich immer mit besonderer Aufmerksamkeit und mit Interesse verfolge und als Leitfaden für die Haushaltsbewertung heranziehe.

So z.B. auch Ihre Feststellung, ich zitiere: „die Gemeinde, (in diesem Falle sind das wir, die Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat), (ist) aufgefordert, die finanziellen Ressourcen **zielgerichtet** einzusetzen.“ Was heißt das?

Aus meiner Sicht ist dazu Folgendes zu sagen:

Das wichtigste Recht eines Rates – so habe ich es gelernt – ist das Haushaltsrecht. Und für die Steuerung mit dem Neuen Kommunalen Finanzmanagement gehört dazu, dass die vorgeschlagene Produktbeschreibung der Verwaltung und die angestrebten Ziele und vorgesehenen Leistungen anhand eigener Zielvorstellungen der Fraktionen überdacht und ggf. verändert werden. Also haben wir nach diesem Prinzip Anträge gestellt, mit denen wir aus grüner Sicht fehlende Leistungen und Ziele aufzeigen und ergänzen wollten.

Ich glaube das Wort „Skandal“ ist nicht zu hoch gegriffen, wenn ich den unglaublichen Vorgang beschreiben wollte, dass mit dem Antrag der SPD-Fraktion auf Nichtbefassung der grünen Anträge mit Zustimmung von CDU und FDP der grünen Fraktion das Haushaltsrecht verweigert wurde. Die Rechtmäßigkeit eines solchen Beschlusses ist für uns Grüne nach wie vor zweifelhaft.

Das Argument von dir, Achim, wird von uns nicht akzeptiert, wenn du erklärst: „die SPD-Fraktion ist auf diese Form der Antragstellung nicht vorbereitet.“

Unsere Anträge lagen euch mit der Einladung zu den Ausschüssen zur Beratung vor! Und das Gestaltungsprinzip des NKF-Haushalts müsste der SPD und den anderen Fraktionen auch bekannt sein.

Wir fragen uns aber, warum SPD und auch FDP bei der Kommunalwahl die Mehrheit der CDU-Fraktion abwählen wollten, wenn sie doch eh ohne eigene Gestaltungsvorschläge für die Gemeinde den Haushalt passieren lassen.

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt unserer Irritation über das Verhalten der Oppositionsfraktionen, deren ureigenste Aufgabe es doch sein sollte, auch Alternativen zur herrschenden Politik zu entwickeln und zu vertreten.

Es geht um Maßnahmen zur Entwicklung des Ortskerns.

Eine Million Investitionsmittel zur Dorfkerngestaltung sind im Haushalt vorgesehen, die ausschließlich, so steht es geschrieben, für den Innenhofs Biete und die Umfahrung der Biete ausgegeben werden sollen. Trotz Ankündigungen von Alternativen nicht nur von uns, sondern auch von SPD und FDP zu den Vorschlägen der Verwaltung, der CDU, der beauftragten Gutachter und den Ergebnissen aus den dazu veranstalteten workshops ist zu den beschriebenen Vorhaben im Haushalt kein Widerspruch von SPD und FDP zu hören und lesen gewesen. Also haben wir zu den vorgesehenen Planungen, die wie gesagt lediglich die Biete betreffen, ergänzende Anträge eingebracht mit dem Ziel, dass endlich eine fachlich fundierte und zukunftsorientierte Gesamtplanung für den Ortskern mit berücksichtigt wird, die allen Beteiligten eine Perspektive aufzeigt und eine längerfristige Investitionsgrundlage bietet.

Auch wenn die CDU im Gemeindeentwicklungsausschuss behauptet, sie hätte ein Gesamtkonzept und wüsste jetzt schon konkret, wie der Dorfkern in spe ausgestaltet werden soll, so muss man hier doch ein deutliches Fragezeichen setzen! Wo ist denn das Konzept? Wie soll denn die Ortskernentwicklung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren aussehen?

Hier bleibt die CDU alle Antworten schuldig, und es ist zu befürchten, dass das konzeptlose und partielle Denken wie in der Vergangenheit fortgesetzt wird.

Die Diskussionen der letzten zwei Jahre haben deutlich gezeigt, dass die mehrheitlich favorisierten Planungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis im Sinne der Bürgerinnen und Bürger geführt haben.

Für uns ist es wichtig, so wie wir es seit vielen, vielen Jahren fordern, den Ortskern ganzheitlich zu betrachten. Das umfasst bauliche Entwicklungsoptionen, Verkehr, Gestaltung, Licht, Möblierung etc. als wichtige Bestandteile, die zusammengeführt werden müssen, so dass ein optimales Gesamtprodukt entsteht.

Vor dem aktuell konkreten Hintergrund, dass Teilprojekte à la CDU-Fraktion zur Biete und zur Verkehrsführung umgesetzt werden sollen - und allein dafür sind die Haushaltsmittel zur Dorkerngestaltung vorgesehen - ist es umso dringender, die alternativen und ergänzenden Ideen zum gleichen Zeitpunkt, also jetzt, anzumelden. Dazu gehört die Entscheidung, für welche Nutzergruppen in erster Linie der Ortskern verbessert werden soll. Stehen bisher die Erschließung des Ortskerns für den PKW-Verkehr und die ausreichenden Parkplätze im Vordergrund der Planung, so müssen endlich der Nutzen für die Fußgängerinnen und Fußgänger und die Radfahrerinnen und Radfahrer bedacht werden.

Das Ablehnen unserer Anträge durch die CDU war zu erwarten. Das Abstimmungsverhalten der SPD und FDP ist dagegen eher verwunderlich. Obwohl sie uns inhaltlich – so die Aussagen zu unseren Anträgen - zustimmen und die FDP mit ihrem Antrag zu einer Gestaltungssatzung in unsere Richtung agiert, konnten sie sich gerade mal bei unseren Anträgen zu einer „kämpferischen Enthaltung“ hinreißen lassen.

Dass die Bauplanung für derzeitige und zukünftige Baugebiete der Gemeinde Senden nicht nach dem gewohnten Muster weitergehen kann, dürfte inzwischen allen klar sein. Wir Grüne sind gespannt auf die Vorschläge der beauftragten Planer, wie die Wohnbauentwicklung und die Gestaltung der Wohngebiete den Ansprüchen und Maßstäben der gesellschaftlichen Entwicklung gerecht werden. Wir hätten uns dabei einen Wettbewerb gewünscht, um bei der Gestaltung der Wohngebiete und Beschlüssen mit solcher Tragweite aus einer Ideenvielfalt wählen zu können.

Wir begrüßen, dass auch die anderen Fraktionen unserem Antrag gefolgt sind, einen Arbeitskreis einzurichten, der die Anforderungen an die Gestaltung der Gemeinde, wie sie

sich aus dem gesellschaftlichen und demografischen Wandel ergeben, analysieren und Vorschläge erarbeiten soll.

Oft genug kämpft mein Kollege, Dr. Wilhelm Kraneburg, im Umweltausschuss vergeblich mit seinem unbeirrbar engagierten Eintreten für Klima, Umwelt und Natur.

In einem seit vielen Jahren andauernden schleichenden Prozess gehen uns das Arteninventar und die Artenvielfalt verloren, die Roten Listen werden beunruhigend ständig länger.

Erfreulicherweise haben alle Fraktionen den grünen Naturschutzanträgen zugestimmt, so dass in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzzentrum des Kreises Coesfeld in Senden der Versuch gemacht werden kann, ökologische Verbesserungen auf den Weg zu bringen.

Und wir begrüßen, dass nun ein umfassendes Klimaschutzkonzept erarbeitet werden soll.

Wir Grüne knüpfen daran die Hoffnung, dass dann als Ergebnis dieses Konzeptes unsere Anträge zur Ausweitung der Energieberatung und die Initiative zur Schaffung von Bürgersolaranlagen, zu Nahwärmenetzen und auch zu Warmwasseranlagen auf Turnhallen und Umkleiden unterstützt und genutzt werden.

Der Maßstab, dass „es sich rechnen“ muss, kann nicht immer wieder der bestimmende Grund bei der Beurteilung der Dinge sein, zumal neben dem lebensnotwendigen Klimaschutz auch volkswirtschaftlicher Nutzen und konkrete Wirtschaftsförderung erzielt werden können, beispielsweise durch Aufträge an heimische Handwerksbetriebe mit Wirkung auf neue und gesicherte Arbeitsplätze, die dann auch zum Steuereinkommen der Gemeinde beitragen.

Trotz Wirtschaftskrise und aller Bekenntnisse zum Klimaschutz kürzt die schwarz-gelbe Bundesregierung drastisch nicht nur die Förderung der Solarenergie, sondern auch die Mittel für die energetische Gebäudesanierung für Hausbesitzer.

Gerade die energetische Gebäudesanierung leistet nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz, sondern sichert und schafft in der Wirtschaftskrise Arbeitsplätze vor allem im Bauhandwerk in unserer Region, macht uns unabhängiger von teuren Öl- und Gasimporten und erhöht den Wert und Wohnkomfort von Wohnungen.

Für uns ist dies eine unverständliche fragwürdige Entscheidung, die zehntausende von Arbeitsplätzen gefährdet, während stattdessen Steuerermäßigungen für Hotelbesitzer die Wirtschaft ankurbeln sollen.

Dies zur Klientelpolitik auf Bundesebene, für die es aber auch Beispiele auf kommunaler Ebene gibt.

Sie, meine Damen und Herren der CDU-Fraktion scheuen sich nicht offen auszudrücken, dass Sie sich dem massiven Druck von ca. zwanzig Einwohnern aus Schölling beugen, die sich dort gegen Windkraft formieren. In einem Gebiet, das Sie selbst bei der Festlegung von den wenigen Vorranggebieten, die Sie für den Ausbau der Windkraft in Senden übrig ließen, festgelegt haben. Wir Grüne nicht. Wir haben diesem Beschluss damals nicht zugestimmt.

Es ist inzwischen unwidersprochen, dass die Windkraft eine äußerst effiziente Technik zur Gewinnung erneuerbarer Energien ist. Dem haben auch Sie, Herr Schulze Mönking ausdrücklich zugestimmt. Und Sie werden auch sicher Ihrer Kanzlerin nicht widersprechen wollen, die dem Ausbau der erneuerbaren Energien das Wort redet.

Vor Ort aber, in Senden, sind Sie, ich meine hauptsächlich die CDU - die FDP war bei der Abstimmung gespalten – noch nicht mal bereit, dem grünen Antrag zuzustimmen, die Windkraftverhinderungspolitik in unserer Gemeinde auf den Prüfstand zu stellen und Wege zu suchen, diese wichtige Technik auch bei uns möglich zu machen und zu fördern.

Die Anmeldezahlen zur Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren zeigen deutlich, dass der Bedarf an Plätzen das Angebot bei Weitem übersteigt. Zu den Hemmnissen beim Ausbau dieses Angebots zählen die unzureichende räumliche Ausstattung der Kindergärten, so dass auch die Gemeinde verstärkt ihren Beitrag leisten und ausbauen muss, damit bis 2013 der Rechtsanspruch erfüllt werden kann.

Die UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet auch die Kommunen, Voraussetzungen zu schaffen zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Mit der Einrichtung eines Beirats mit Betroffenen und ihren Interessenvertretungen ist ein guter Schritt getan. Dass noch wichtige Aufgaben z.B. zur umfassenden Barrierefreiheit anstehen, dass für den gemeinsamen Unterricht und die Betreuung in Kindergärten von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen auch die Voraussetzungen stimmen müssen, liegt auf

der Hand. Diese von uns beantragten Ziele wollten sie nicht im Haushalt aufnehmen. Es wird notwendig sein, Maßnahmen zur konkreten Umsetzung in den Ausschüssen zu beschließen. Rechnen Sie also mit unseren diesbezüglichen Anträgen.

Wir werden in der Gemeinde eigene Wege gehen müssen und nach Finanzierungen suchen, um mit entsprechenden Leistungen für die Menschen mit Behinderungen in Senden die Teilhabe in unserer Mitte zu ermöglichen. Erst recht dann, wenn Sie, geehrte Kolleginnen und Kollegen dieses Rates, von Ihren Vertreter/innen im Kreis und im LWL fordern, solch freiwillige Leistungen einzuschränken bzw. abzulehnen. Das heißt dann aber in der Konsequenz, dass sie vor Ort Stellung beziehen und die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderungen die hier leben, mit kommunalen Fördermaßnahmen verbessern müssen.

„Stellung beziehen“, das ist für mich das Stichwort, das ich auch mit dem anvisierten NKF-Arbeitskreis verbinde. Dort soll das nachgeholt werden, wozu sich die anderen Fraktionen bei der Haushaltsberatung nicht in der Lage sahen, nämlich über Leistungen und Ziele zu beraten, die mit dem Haushaltsbudget erfüllt werden sollen. Meine Bedenken dazu habe ich bereits mehrmals geäußert: Es kann aus meiner Sicht nicht richtig sein, dass die Ausgaben im Haushalt in einem Arbeitskreis, anstatt bei der Haushaltberatung verhandelt werden sollen. Ich bin mit Ihnen, Herr Bürgermeister, einer Meinung, dass der NKF-Haushalt, z.B. bei Produktbeschreibungen, ein Prozess ist, der kontinuierlich fortgeführt und mit aktuellen Aufgaben ergänzt werden muss, so wie wir auch den kameralen Haushalt jedes Jahr neu mit aktuellen anstehenden Aufgaben fortgeführt haben. Aber in einem Arbeitskreis?

Ich bin mit der Einrichtung eines Arbeitskreises in sofern einverstanden, als dass offensichtlich noch viele Fragen zu dem neuen Haushaltssystem NKF zu klären sind, z.B. wie die Überprüfbarkeit der geplanten und geleisteten Aufgaben gewährleistet sein soll.

Ich bin auch mit Ihnen einer Meinung, Herr Holz, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihres Hauses mit dem Haushaltsentwurf sehr gute Arbeit geleistet haben – sonst wäre die grüne Liste mit Anträgen zur Ergänzung der Produktbeschreibungen auch länger geworden. Zu der sehr guten Benotung der Eröffnungsbilanz möchte ich den Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung herzlich gratulieren.

In der Einführungsrede des Bürgermeisters zum Haushalt ist abzulesen, dass die Gemeinde Senden mit ihrem Personalhaushalt im Vergleich zum Kreis Coesfeld insgesamt am niedrigsten liegt, mit ganz NRW verglichen ist der Unterschied eklatant.

Es gehört meines Erachtens zu den Aufgaben der Politik, nicht nur das Personalbudget und den Stellenplan zu beschließen, sondern sich auch darum zu kümmern, ob und wie mit dem real vorhandenen Personal die Aufgaben erfüllt werden können. Mit unserem Antrag zur Darstellung der gesundheitsfördernden Maßnahmen haben wir einen Anfang gemacht. Ich glaube es ist richtig und wichtig, dass wir auch darüber hinaus Informationen zur Personalsituation und zum Personalmanagement erhalten, und ich erhebe dieses Anliegen bereits an dieser Stelle zum Antrag. Das dabei für die Grünen die Frage nach der Gleichstellung von Frau und Mann und die Berücksichtigung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Ressorts – im Amsterdamer Vertrag als Gender-Mainstreaming verankert - von Bedeutung ist, wird sicherlich auch Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allem die, die mich schon längern kennen, wenig wundern.

Die grünen Anforderungen an den Haushalt 2010 konnten sich – erst Recht aufgrund der seltsamen Fraktionsbündnisse und ihrer undemokratischen Beschlüsse – nicht durchsetzen. Wir werden den vorgelegten Haushaltsentwurf ablehnen.

